

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Berichterstattungen über autoritäre Regime füllen gegenwärtig die Seiten und Sendezeiten in den Medien. Im Mittelpunkt stehen in erster Linie Länder des Arabischen Frühlings. Zur Rolle von Frauen im Widerstand und in der Umgestaltung der politischen Verhältnisse dieser Länder liegen unterschiedliche und mitunter kontroverse Einschätzungen vor, die von einer breiten Beteiligung von Frauen bis zu deren Unterdrückung im Wandel reichen. Außerhalb der arabischen Länder erscheint das Interesse an der Frage nach den geschlechterspezifischen Implikationen in autoritären Regimen allerdings gering zu sein. Diese geschlechterpolitische Leerstelle in den Medien korrespondiert mit einem forschungspolitischen Desiderat, wie der Schwerpunkt dieser *Femina Politica* deutlich macht. In diese Leerstelle intervenieren die hier versammelten Beiträge, indem sie den Blick auf die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen und vergeschlechtlichten Macht- und Herrschaftsstrukturen in autoritären Regimen bzw. Regimen mit autoritären Tendenzen richten und damit aufzeigen, dass das Thema nicht zuletzt gegenwärtig zunehmend virulent ist. Um Umbrüche anderer Art geht es im „Forum“, das sich mit geschlechterpolitischen Aspekten der Finanzkrise in Europa beschäftigt und in drei Beiträgen eine Ausweitung des geschlechterkritischen Blicks auf Rassismus, Emotionen sowie eine über die Güterproduktion hinausweisende Perspektive auf Ökonomie argumentiert.

Um das Thema Geschlechterverhältnisse in autoritären Zusammenhängen geht es erneut in der Rubrik „Tagespolitik“: zum einen in einer kritischen Auseinandersetzung mit der medialen Verharmlosung rechtsradikaler Tätigkeiten von Frauen am Beispiel der Neonazistin Beate Zschärpe, die auf dem Topos der unpolitischen Frau zu gründen scheint; zum anderen in einer ambivalenten Einschätzung der Reformpotentiale in Saudi-Arabien durch die von König Abdullah verkündete Einführung des Frauen-Wahlrechts. Ebenso spielt in dieser Rubrik die kritische Auseinandersetzung mit der Politisierung des Privaten eine Rolle, wie sie sich im Kampf um besetzte Häuser und Räume ebenso wie in gesetzlichen Neuregelungen von Abtreibung und Reproduktionsmedizin sowie von Betreuungsgeld und Familienpflegezeit zeigt.

In „Neues aus Lehre und Forschung“ finden sich neben aktuellen Informationen aus dem Hochschulbereich verschiedene Berichte zur aktuellen Hochschul- und Förderpolitik: Diese reichen von einer Bewertung des im Februar diesen Jahres beschlossenen Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Verfassungswidrigkeit der W2-Besoldung für Professuren, welches auf Grund des vergleichsweise hohen Frauenanteils von besonderer geschlechterpolitischer Relevanz ist, über den Gender Bias in der Forschungsförderung bis hin zu einer vergleichenden Studie über Karriereziele von NachwuchswissenschaftlerInnen.

Schließlich gibt es wieder zahlreiche Rezensionen sowie Hinweise auf aktuelle Neuerscheinungen in Buchform und in Zeitschriften. Last, but not least, möchten wir auf unseren Call for Papers zum Thema „Politische Ökonomie“ aufmerksam machen und Sie/Euch herzlich dazu einladen, Abstracts einzureichen.

Wir wünschen allen eine anregende Lektüre!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2012 Recht als feministische Politikstrategie

1/2013 Politische Ökonomie